

PKKern, die bis jetzt 750 000 beträgt, gleichbleibende Erwerbslosenzahl vorausgesetzt, auf 885 000 gesteigert werden.

### Um Millionäre zu schonen, neue Lasten dem Betriebsproletariat

Trotz dieses jacobinischen Unterdrückungsabbaues erklärt die Regierung, immer noch ein Defizit von 400 Millionen bei der Erwerbslosenunterstützung zu haben. Die Steuern der Reichen zu erhöhen — daran denkt die Regierung der Reichen natürlich nicht, denn das ist „volkswirtschaftlich schädlich“. Also neue Lasten den Arbeitern, unteren Beamten und Angestellten.

Die Regierung führt eine sogenannte „Abgabe zur Arbeitslosenhilfe“ ein, die bei einem Lohn und Gehalt bis 125 Mark 1,5 Prozent, bis 300 Mark monatlich 2,5 Prozent beträgt. Wer zwischen 300 und 700 Mark verdient, muß für die ersten 300 Mark 2,5 Prozent und für alles, was darüber, 5,75 Prozent zahlen. Wie beispiellos unsozial diese Regierung vorgeht, zeigt die Tatsache, daß sie die Einkommen zwischen 700 und 3000 Mark monatlich mit 5,75 Prozent und die monatlichen Einkommen über 3000 Mark nur mit 6,5 Prozent belastet. (Der Kriechlohnsteuerbeitrag fällt in Zukunft weg.) Durch diese ungeheure Belastung der noch Arbeitenden verhaftet sich die Regierung eine weitere Einnahme von 400 Millionen Mark.

### Laie Rentenürzung

Die Notverordnung der Regierung kürzt in der Invaliden-, Angestellten- und Knappschaftlichen Rentenversicherung die alten Renten um 6 Mark bei den Invaliden, 5 Mark bei den Witwen und 4 Mark bei den Waisen pro Monat. Für die neuen Renten wird der Grundbetrag um 7 Mark und der Kinderzuschlag um 2,50 Mark abgebaut. Die Renten aus den Unfällen der Jahre 1927 bis 1931 werden um 15 Prozent, die Renten für die übrigen Unfälle um 7,5 Prozent gekürzt.

Die Armen sollen bluten. Die Opfer der Arbeit werden um das wenige geprellt, das sie noch haben. Den noblen Feudalen im Herrenklub und ihren trustkapitalistischen Klubkameraden wird nichts, nichts, nichts gekürzt.

Ja, sogar an der Kriegsopferversorgung, die schon soweit abgebaut ist, vergreift man sich wieder. Die Renten der kriegsbeschädigten werden gekürzt, Kinderzulagen und Waisenrenten werden nur noch bis zum 15. Lebensjahr gezahlt. Die Renten der Kriegsbeschädigten mit 50 Prozent Erwerbsfähigkeit erfahren eine 20prozentige Kürzung.

### So vernichtet man den kleinen Mittelstand

Von etwa 4,5 Millionen ungeschuldeten Personen ist bisher die Hälfte aus der Umsatzsteuer heraus, weil ihr Umsatz unter 3000 Mark betrug und diese Summe die Freigrenze war. Dadurch entstand für den Kleingewerbetreibenden eine durchschnittliche Ersparnis von 100 bis 150 Mark. Mit einem Federstrich beseitigt die Schleicher-Wapen-Regierung der Nazis durch die neue Notverordnung die Freigrenze und nimmt dadurch den Kleingewerbetreibenden, den Handwerkern und Kleinbauern, die so schwer um ihre Existenz zu kämpfen haben, weit über 100 Millionen Mark, was sich zum Teil in einer neuen Freiserhöhung auswirken muß.

### 70 Millionen Salzsteuer

Damit nichts vergessen wird, führt die Regierung die Salzsteuer im Betrag von 6 Pfennig pro Pfund ein. Für die Frau des Generaldirektors macht das einen Dreck aus, für die proletarische und Kleinbürgerliche Hausfrau bedeutet das eine zusätzliche schwere Belastung. Und die Regierung host sich die Kleinigkeit von 70 Millionen pro Jahr dadurch.

### „Unbeschränkt pfändbar!“

Ein besonders aufreizendes Kapitel der Notverordnung sind die Bestimmungen über die Pfändungen bei Löhnen und Gehältern. Betrag der Pfändungsgrenze bisher 165 Mark, so legt die Notverordnung sie auf 165 Mark herab. Aber wer keine Kirchensteuer bezahlt hat, bei dem ist Lohn oder Gehalt unbeschränkt bis zum letzten Pfennig pfändbar. Ausdrücklich dekretiert das Schleicher-Wapen-Kabinett: „Um das Kirchensteuerentkommen zu sichern, wird ausgesprochen, daß... der Arbeits- und Dienstlohn unbeschränkt pfändbar ist.“ Wenn Schleicher-Wapen sich so um die Kirche sorgen, wer will da noch jögern, aus ihr auszutreten?

Wir haben hier nur in rohen Umrissen die folgenschweren Bestimmungen der fünften Notverordnung beschrieben. Spezialabhandlungen über die einzelnen Kategorien werden erst den ganzen Umfang des enormen, selbst Brünnings Diktats über-treffenden Abbaus klarmachen. Soll er verhindert werden, dann müssen sich alle sammeln, die von ihm betroffen werden. Der unerhörte Überfall darf nicht Wirklichkeit werden. Seht euch zur Wehr!

### Liste 3 wird gewählt!

Nach einer vorläufigen Bekanntmachung des Reichswahlleiters werden die Stimmzettel für die Reichstagswahl die Parteien in folgender Reihenfolge enthalten:

- 1. Sozialdemokratische Partei, 2. Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, 3. Kommunistische Partei, 4. Zentrum, 5. Deutschnationale Partei, 6. Deutsche Volkspartei, 7. Wirtschaftspartei, 8. Staatspartei, 9. Bayerische Volkspartei, 10. Deutsches Landvolk, 11. Christlich-Soziale, 12. Deutsche Bauernpartei, 13. Konjunktive, 14. Landbund, 15. Deutsch-Hannoveraner, 16. Volksnationale, 17. Sozialistische Arbeiterpartei.

Die Wahlzettel werden für die Zeit vom 10. bis 17. Juli ausgelegt.

Für die Arbeiterklasse und die notleidenden Werktätigen ist die Wahl nicht schwer. Für sie gibt es nur eins: Liste 3 wird gewählt!

# Oderberger SPD.-Arbeiter in antifaschistischer Einheitsfront

## Die Antwort der Arbeiter auf die brutalen Verfolgungen durch Polizei und Justiz / Antifaschistischer Einheitsausschuß gewählt / Sofortige Freilassung der verhafteten SPD.-Arbeiter gefordert!

Die brutale Verfolgung der Oderberger Reichsbannerarbeiter, die von Berliner SA-Banden überfallen wurden, hat den Grundstein für den Zusammenstoß der SPD.-Arbeiter in der roten Antifaschistischen Einheitsfront gelegt. Am 5. Mai waren die Arbeiter von der Wortsch. überfallen und verletzt worden. Die SA-Leute wurden nach kurzer Festnahme freigelassen, vier SPD.-Arbeiter aber verhaftet. Einer der Verhafteten, der 68-jährige Arbeiter Rau, ist bereits an den Folgen der Gefängnishaft in Seering-Preußen gestorben.

Gegen diesen ungeheuerlichen Standal hatte die Kommunistische Partei schon vor vier Wochen versucht, eine Versammlung durchzuführen. Aber der sozialdemokratische Bürgermeister von Oderberg, Hermann, verbot diese Versammlung ebenso wie eine später angemeldete. Erst die dritte angemeldete Versammlung wurde genehmigt.

Sie war überfüllt. Das Referat des Genossen Fritz Ditts wurde mit starkem Beifall aufgenommen. Die außerordentlich zahlreich anwesenden Sozialdemokraten, Reichsbannerleute und Freigewerkschafter stimmten einmütig für eine Resolution mit folgenden Forderungen: „Heraus mit den drei verhafteten SPD.-Arbeitern! Fünfzig Mark Monatsrente für die Witwe des Arbeiters Rau. Schaffung eines Massenarbeitsbeschutzes für Oderberg! Keine Ermittlungen mehr! Weiterzahlung der alten Unterstützungssätze für die ledigen Wohlfahrtsempfänger! Abschaffung der freiwilligen Pflichtarbeit!“

Ebenso einmütig wurde ein Einheitsausschuß gewählt, in dem vier Sozialdemokraten, zwei Freigewerkschafter, zwei Parteiführer und ein Kommunist sitzen.

Schließlich wurde noch in dieser prächtigen Kampferammlung ein Massenarbeitsbeschutz gebildet, dem sofort 32 Arbeiter beitraten.

## Antifaschistischer Einheitsausschuß im Kampf gebildet

### Teltower Arbeiter verhindern Nazi-Aufmarsch

Die Nazis hielten in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag in der Umgebung von Teltow eine von der Seering-Polizei genehmigte Nachtübung ab. Als die Arbeiter erfuhren, daß die Nazis durch Teltow marschieren wollten, wurde sofort die gesamte Arbeitererschaft von Teltow durch Sprachhörer mobilisiert. Eine Delegation von SPD.- und KPD.-Arbeitern ging zum Bürgermeister, der unter dem Druck der Arbeitererschaft den Durchmarsch durch Teltow verbot. Die Nazis wurden daraufhin von Stahnsdorf aus mit der Strahendbahn weiterbefördert.

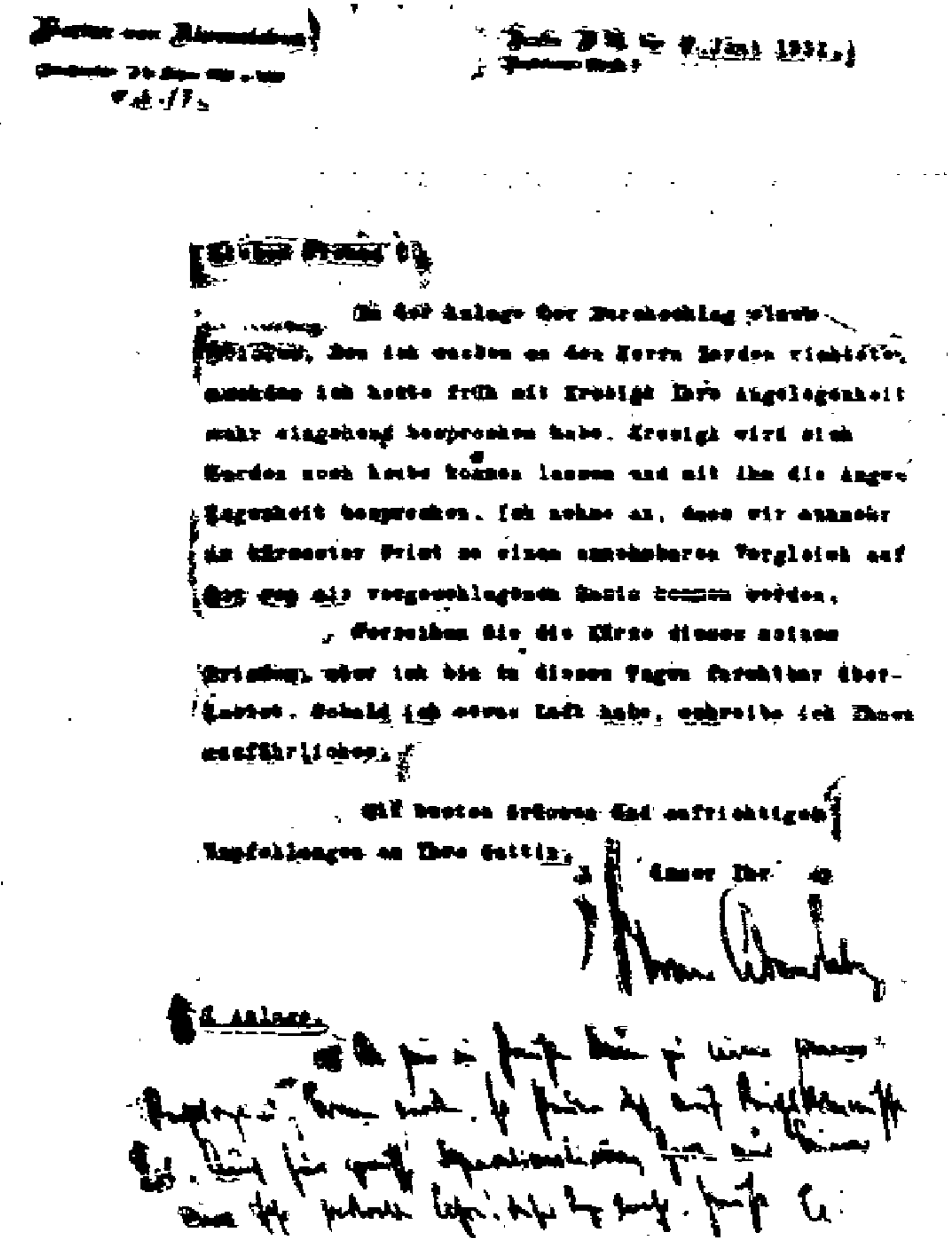
Auf der Straße waren nicht nur kommunistische, sondern viele sozialdemokratische Arbeiter versammelt, gegen die die Polizei äußerst scharf mit dem Gummiknüppel vorging. Die Arbeiter versammelten sich daraufhin und wählten sofort einen vorbereitenden antifaschistischen Kampfausschuß, in dem 6 Kommunisten und 6 Sozialdemokraten vertreten sind.

Heute abend findet in Teltow eine von diesem Ausschuß einberufene Massenversammlung statt, in der Genosse Hermann Kemmle spricht.

# „Jah Steuern auf Reichskommissar los!“

## Hinter den Kulissen des Herrenklubs — Politik und Schieberchutz des Grafen von Mvensleben

Da fällt uns ein Brief in die Hand. Dieß man den Schreibmaschinentext, so möchte man glauben, daß es sich um eine der in höheren Kreisen üblichen Steuerdrückerereien handelt. Wer



Die Unterschrift und vor allem den mit der Hand geschriebenen Nachsatz liest, wird bemerken, daß es hier um mehr geht.

Der Briefschreiber ist nämlich niemand anders als einer der maßgebenden Zuspürer der jetzigen Reichsregierung, Graf Werner von Mvensleben, eines der aktivsten Mitglieder des

feudalen Herrenklubs. Er schreibt handjährllich an einen Herrn, über den wir gleich noch mehr erfahren werden:

„Da wir in Preußen kaum zu einer Rechtsregierung kommen werden, so steuere ich auf Reichskommissar los. Auch für gewisse separationslüsterne Herren aus Bayern eine sehr wertvolle Lehre! Dieser Tage mehr. Gruß A.“

Daß es sich hier nicht etwa um Großprecherie handelt, dafür haben wir genug Beweise. Es ist uns z. B. bekannt, daß der Herr Graf bereits eine ganze Zeit vor Brünnings Rücktritt genau den Sonntag, den 29. Mai, als den Tag bestimmt hat, an dem Hindenburg Brünnings fallen lassen werde. Die Voraussage traf auf den Tag genau ein.

Denn das ist Deutschland: Es braucht einer nur vom Abes, es braucht einer nur reich zu sein, Luxuswohnungen mit mehreren Telefonanschlüssen und gute Beziehungen zu haben, dann mißbestimmt er das Schicksal von Millionen Arbeitslosen und weiteren Millionen Lohn- und Gehaltsempfängern. Ein Vorgehensmaß fürs „Dritte Reich“, zu dessen Spitze der „nationale“ Mvensleben ebenso ausgezeichnete Beziehungen unterhält, wie zu ordinären Schiebern.

Denn an wen ging dieser Brief? An einen Herrn von Kleefeld, der sich aus sehr begreiflichen Gründen außerhalb der deutschen Grenzen, in der Schweiz aufhält. Die Ursachen läßt der von Mvensleben gegenüber Kleefeld erwähnte Brief an den Staatssekretär Jardein im Finanzministerium erkennen. Der Kleefeld ist nichts anderes als ein regelrechter Steuer- und Denzierschieber. Hören wir, was der Graf an den Staatssekretär schreibt:

„Berlin, 7. Juni 1932“

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Ich hatte heute morgen Veranlassung, mit dem Grafen Schwerin-Krosigk (dem jetzigen Reichsfinanzminister! Die Red.) über die Angelegenheit des Herrn von Kleefeld mündlich zu sprechen, um ihn zu bitten, es möge doch endlich einmal von hoher Stelle her mit allem Nachdruck darauf gedrängt werden, daß man zu einem für den Herrn von Kleefeld tragbaren Vergleich kommt. Ich habe mir seine Vermögensaufstellung in Zürich persönlich angesehen und muß sagen, daß ich sein Vermögen erheblich höher angenommen hätte. Wenn das Finanzamt von ihm jetzt als Mindestsumme 200 000 Reichsmark in Devisen verlangt, so bleibt ihm überhaupt nichts mehr übrig und er ist ein Bettler (!!).

Ich wäre Ihnen, lieber Herr Staatssekretär, zu ganz besonderem Dank verpflichtet, wenn Sie mit allem Nachdruck dafür sorgen wollten, daß ein Vergleich auf folgender Basis zustande kommt: Herr von Kleefeld zahlt 100 000 Reichsmark in Devisen bar, und im übrigen wird mit ihm ein Vertrag geschlossen, dem die Idee eines Bessersungsscheines zugrunde gelegt werden soll. Außerdem aber muß das Finanzamt angewiesen werden, nunmehr Ruhe zu geben... Für eine baldige gültige Antwort wäre ich Ihnen auch aus dem Grunde zu Dank verpflichtet, damit der Herr von Kleefeld nun endlich nach Deutschland zurückkehren kann...“

Über die Person des Herrn von Kleefeld dürfte es nach diesem Brief keinen Zweifel mehr geben. Bei ihm hat man es mit einem der reichen Schmaroher zu tun, die mühelos Millionen verdienen, sie im Ausland verprassen und Steuern hinterziehen. Und Herr von Mvensleben, der an hervorragender Stelle heute den Regierungskurs mitbestimmt, in Preußen „auf Reichskommissar lossteuert“ — dieser Graf Mvensleben, eine Blüte des Saltenkreuzreiches, setzt Finanzminister und Staatssekretäre für einen dreifachen Schieber in Bewegung. Man wird den Herrn von Kleefeld nun wohl bald wieder innerhalb der deutschen Grenze sehen...“

Und dieses adlige Gejuch darf in Deutschland Politik machen — auf dem Rücken von 60 Millionen und geführt von Hitler,

### Antifaschistische Demonstration in Berlin

Gestern abend gegen 7 Uhr zog ein annähernd 1000 Mann starker Demonstrationstrupp von der Jerusalemer Kirche über den Dönhofsplatz in der Richtung Spittelmarkt. Auf dem Spittelmarkt hielt ein Arbeiter eine kurze Ansprache. Mit einem Rot Front! schloß die Demonstration der Antifaschistischen Aktion.

Die Polizei erschien erst, als die Kundgebung aufgelöst war. Auf Grund einer Denunziation verhaftete sie vier ganz unbeteiligte Jungarbeiter, die dadurch der Polizei aufliefen, daß sie rote Hemden trugen.

### Demonstration gegen japanischen Klub

EU. berichtet: Am Dienstagmorgen, gegen 17 Uhr, drangen fünf Angehörige kommunistischer Kreise in den Japanischen Klub in der Mohrstraße 31 ein und gaben drei Schüsse ab. Die Schüsse gingen aber fehl und verletzten niemanden. Nachdem die Eindringlinge noch mehrere Geschrieische umgestoßen hatten, flüchteten sie und entliefen unerkannt. Bei Aufklärungsarbeiten fand man mehrere Zettel mit Drohungen des verbotenen Kampfbundes.